

Antragsbereich L: Frühkindliche Bildung, Schule & lebenslanges Lernen

Antrag L1_21

1 **Antragssteller*in:** Juso-Hochschulgruppen Nordrhein-Westfalen

2 Das Bundeskoordinierungstreffen der Juso-Hochschulgruppen möge beschließen:

3 **L1_21 Politikfreie Bildung ist keine Bildung – gegen** 4 **die Ökonomisierung unserer (Hoch-)schulen!**

5 Vor nur wenigen Wochen, am 24. September 2021, sind hunderttausende Kinder und Jugendliche auf
6 die Straßen gegangen, um für eine klimagerechte Zukunft zu demonstrieren. „Wir sind hier, wir sind laut,
7 weil ihr uns die Zukunft klaut“ hallte es bundesweit durch die Städte. Einige Tage nach dem globalen
8 Klimastreik fand die Bundestagswahl statt. Viele Menschen, darunter vor allem junge Bürger*innen, teil-
9 ten den Eindruck, dass die diesjährige Bundestagswahl keine Wahl wie jede andere sein werde. Die
10 nächsten vier Jahre seien richtungsentscheidend darüber, ob die Klimakrise noch aufgehalten und die
11 1,5°C-Grenze eingehalten werden kann. Es brauche konsequente und schnelle Maßnahmen, sonst wer-
12 den Kipppunkte erreicht und unser Ökosystem kollabieren, so äußerte sich Fridays for Future im Vorfeld
13 der Wahl. Fridays for Future, eine Gruppe, die vor einigen Jahren größtenteils von Schüler*innen mit der
14 zentralen Forderung, das 1,5°-Grad Ziel einzuhalten, ins Leben gerufen wurde. Unpolitische Jugend?
15 Fehlanzeige!

16 Studien zeigen, dass bereits Grundschulkindern politischen Themen und Problemen eine große Bedeu-
17 tung zu messen. Gerade in Sachen Klimapolitik haben viele Kinder und Jugendliche breites Wissen und
18 großes Interesse an einer grundlegenden Politikgestaltung. Dennoch sind die unter 18-Jährigen von der
19 politischen Mitbestimmung weitestgehend ausgeschlossen. Die unter 29-Jährigen machen gerade mal
20 13,4% der Wahlberechtigten aus. Trotz des anhaltenden institutionalisierten Ausschlusses von Kindern
21 und Jugendlichen an der politischen Mitbestimmung, zeigen Ergebnisse der letzten Shell-Studie, dass
22 der Anteil von jungen Menschen, die sich für Politik interessieren und sich gesellschaftspolitisch enga-
23 gieren im Vergleich zur Situation vor 20 Jahren deutlich gestiegen sei.

24 **Die Ökonomisierung unserer Bildung – in NRW und bundesweit**

25 Vor diesen gesellschaftlichen Entwicklungen hat sich die schwarz-gelbe Landesregierung in Nordrhein-
26 Westfalen dazu entschlossen, die politische Bildung an Schulen durch das Ersetzen des Fachs „Sozial-
27 wissenschaften“ durch das Fach „Wirtschaft/Politik“ zunächst in den schulischen Lehrplänen sowie
28 durch die darauffolgende Änderung der Lehramtszugangsverordnung stark einzudämmen.

29 Diese Reform bringt weitreichende Folgen und Unsicherheiten mit sich. Während bisher das Unterrichts-
30 fach „Sozialwissenschaften“ die Disziplinen Politik, Ökonomie und Soziologie vereinte, ist im neuen Un-
31 terrichtsfach „Wirtschaft/Politik“ nur noch eine begrenzte Vermittlung soziologischer Kompetenzen vor-
32 gesehen. Bei dieser grundlegenden Umgestaltung wurden weder Schüler*innen, Eltern, Lehrkräfte noch
33 Lehramtsstudierende in den Entscheidungsprozess miteinbezogen. Stattdessen wurden sie vor voll-
34 endete Tatsachen gestellt und großer Verwirrung ausgesetzt. Die schwarz-gelbe Landesregierung ver-
35 setzte mit dieser Reform vor allem betroffene Lehramtsstudierende in große Unsicherheit, da unklar ist,
36 welche langfristigen Probleme dadurch in ihrem Arbeitsalltag entstehen werden.

37 Diese Verdrängung der politischen Bildung zugunsten ökonomischer Lehrinhalte ist jedoch nicht nur in
38 Nordrhein-Westfalen zu beobachten. Sie stellt vielmehr einen bundesweiten Trend dar. Einige Bundes-
39 länder rechtfertigten diese Entwicklung damit, dass beispielsweise im Fach Geschichte bereits genü-
40 gend politische Themen abgedeckt seien. Dies ist jedoch weder ausreichend noch rechtfertigt es die
41 zunehmende Ökonomisierung des Fachs „Sozialwissenschaften“. Hinzu kommt eine einmalig hohe An-
42 zahl von Lehrkräften, die das Schulfach fachfremd unterrichten. Das ist ein klares Anzeichen dafür, dass
43 gesellschaftspolitische Bildung in unserem Schulsystem zu kurz kommt!

44 **Demokratisierung unseres Bildungssystems jetzt**

45 Für eine demokratische Gesellschaft braucht es ein demokratisches Bildungssystem! So auch demo-
46 kratische Schulen. Diese stellen allerdings alles andere als demokratische Orte dar. Obwohl das Ziel
47 unserer Bildung die Erziehung der Kinder zu vollwertigen Mitgliedern unserer demokratischen Gesell-
48 schaft ist, unterliegen unsere Schulen alles andere als einem demokratischen Aufbau. Die bisherige rein
49 theoretische Vermittlung unseres Gesellschafts- und Menschenbilds reicht daher keineswegs aus! Um
50 zu mündigen, handlungs- und verantwortungsbewussten Bürger*innen erzogen zu werden, müssen jun-
51 gen Menschen diese Werte nicht nur vermittelt werden, sondern vielmehr aktiv praktiziert und in den
52 deren Alltag integriert werden. Bereits im Kindes- und Jugendalter muss von Beginn an ein demokrati-
53 sches Miteinander erlernt und die Erfahrung gemacht werden, dass die Bildungsorte, welche einen Le-
54 bensmittelpunkt für sie darstellen, demokratische Orte sind, an denen jede*r einzelne teilhaben kann.
55 Dafür ist die volle Mitbestimmung durch die Stärkung der Interessenvertretungen von Schüler*innen in
56 allen Fragen, die den Schulalltag betreffen, notwendig. Der Ausbau der Entscheidungskompetenzen der
57 Schüler*innen auf Schul-, Bezirks- und Landesebene ist der nötige ein Anfang! Zudem muss das politi-
58 sche Engagement von Schüler*innen mehr gefördert werden. Hierfür braucht es dringend eine enge Ko-
59 operation mit zivilgesellschaftlichen und politischen Initiativen in allen Bildungseinrichtungen!

60 Aber nicht nur in Schulen sucht man nach demokratischen Strukturen vergebens, auch Hochschulen
61 weisen keineswegs demokratische Strukturen vor. Zwar gibt es institutionalisierte Beteiligungsmöglich-
62 keiten für Studierenden an Hochschulen, jedoch liegt die letztendliche Entscheidung bei der kleinsten
63 Gruppe in Hochschulen: den Professor*innen. Um die Demokratisierung der Hochschulen voranzutrei-
64 ben, benötigt es dringend die paritätische Mitbestimmung aller Hochschulangehörigen. Alle Statusgrup-
65 pen müssen gleich stark vertreten sein, um demokratische Verhältnisse an den Hochschulen zu schaf-
66 fen. Das bedeutet: alle Mitglieder der Hochschulen müssen an den Entscheidungsprozessen beteiligt
67 werden! So sollen insbesondere die Perspektiven und Forderungen von Studierenden in der Gremienar-
68 beit stärker berücksichtigt werden. Gerade nachdem Studierende in der Corona-Krise oft das Gefühl
69 vermittelt bekommen haben, mit ihren Anliegen und Problemen kein Gehör zu bekommen, ist hier ein
70 Paradigmenwechsel ein wichtiger Schritt, um eine Entsolidarisierung auch unter Hochschulangehörigen
71 zu verhindern und die dringend notwendigen Veränderungsprozesse an den Hochschulen gemeinsam
72 anzugehen. Die Stärkung der studentischen Selbstverwaltung sowie deren allgemeinpolitisches Mandat
73 ist daher dringend notwendig. Das Fehlen eines allgemeinpolitischen Mandats der verfassten Studie-
74 rendenschaft nimmt Studierenden die Möglichkeit der Partizipation und Selbstbestimmung. Für die Po-
75 litisierung der Studierenden ist die Politische Bildung und daher die Möglichkeit der Studierendenvertre-
76 tungen, sich zu jedem Thema äußern zu können, ohne mit Sanktionen rechnen zu müssen, essenziell.

77 Hochschulpolitische Engagement ist durch die Hochschulen zu fördern und aktiv zu unterstützen. Es
78 gilt, Räume für hochschulpolitisches Engagement an den Campus, in den Erstwochen und in den Ver-
79 anstaltungen zu Beginn des Semesters zur Verfügung zu stellen.

80 Mit der grundlegenden Demokratisierung unserer Bildungseinrichtung einhergehend, ist eine grundle-
81 gende Verankerung demokratischer und politischer Bildung in den Lehrplänen von Kita bis zur Hoch-
82 schule notwendig. Jedoch geht aktuell unsere Bildungspolitik in eine falsche Richtung. Das Mantra ist

83 klar: Ökonomisierung statt Demokratisierung. Gesellschaftliche Fragen werden nicht mehr aus einer poli-
84 tischen, sondern aus einer ökonomischen Perspektive analysiert. Das führt dazu, dass die Bereitschaft
85 zu politischem Engagement hinter individuellen Erfolgszielen zurückbleibt. Für uns als Juso-Hochschul-
86 gruppen ist das nicht länger hinnehmbar. Denn diese Umstände bleiben insbesondere für unsere Gesell-
87 schaft nicht folgenlos: Die reine Vermittlung vermeintlicher neoliberaler Notwendigkeiten führt zur ge-
88 sellschaftlichen Entsolidarisierung und schränkt überdies den pluralen Diskurs ein. Für eine solidarische
89 Demokratie muss die gesellschaftspolitische Bildung innerhalb unseres Bildungssystems wieder zur
90 Priorität werden. Dem ökonomischen Konkurrenzprinzip muss eine verpflichtende Vermittlung demo-
91 kratischer und solidarischer Werte entgegengesetzt werden! Ansonsten ist unsere demokratische und
92 freiheitliche Grundordnung in Gefahr!

93 **In Schulen:** Anstatt Schulen weiter und weiter zu ökonomisieren, brauchen wir die Stärkung des Anteils
94 der politischen Bildung sowohl in sozialwissenschaftlichen Fächern als auch die Einbringung einer poli-
95 tischen Perspektive in allen Fächern! Die Ökonomisierung und der zunehmende Konkurrenzdruck in
96 Schulen verhindert solidarische Bildung. Schule darf nicht krank machen, sondern soll eine wertschät-
97 zende Atmosphäre schaffen, in der Schüler*innen lernen wollen. Deshalb muss politische Bildung ver-
98 pflichtend bis zum Abitur gewährleistet werden.

99 **In Hochschulen:** Auch in Hochschulen gibt es noch großen Verbesserungsbedarf. Denn der aktuelle 16.
100 Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung zeigt, dass es große Defizite bei der Verankerung poli-
101 tischer Bildung im Hochschulalltag gibt. Bisher ist diese in vielen Studiengängen lediglich als Zusatzqua-
102 lifikation vorgesehen. Das reicht jedoch keinesfalls aus! Auch in Hochschulen braucht es die Integration
103 eines überfachlichen und allgemeinbildenden Fokus, um allen Studierenden unabhängig ihres Studien-
104 gangs oder Hochschulstandorts politische und gesellschaftliche Bildung zu ermöglichen.

105 Für uns als Juso-Hochschulgruppen ist ein grundlegender Wandel in unseren Bildungseinrichtungen
106 längst überfällig: Einerseits brauchen wir die Demokratisierung von Schulen und Hochschulen und an-
107 dererseits muss in den Curricula in allen Phasen unseres Bildungssystems der Fokus der politischen
108 und gesellschaftliche Kenntnisse auf der Tagesordnung stehen. Nur so kann politische und demokrati-
109 sche Bildung in der Praxis und Theorie garantiert werden!

110 **Politische Bildung als Indikator der Sozialen Ungleichheit**

111 Soziale Benachteiligung bedeutet weniger politische Partizipation: Zu dem Ergebnis kommen Studien,
112 die zeigen, dass Personen mit (Fach-)Abitur ein überproportionales Interesse an Politik vorweisen, wäh-
113 rend das politische Interesse von Menschen mit Hauptschulabschluss oder ohne Schulabschluss unter
114 dem nationalen Durchschnitt liegt. Eine ähnliche Verteilung weist auch das politische Interesse nach
115 Einkommensgruppen vor.

116 Diese enorme soziale Ungleichheit im politischen Interesse je nach Bildungsgrad und Einkommen hat
117 ihrem Ursprung unter anderem in der politischen Bildung während der Schulzeit. Denn in Haupt- und
118 Realschulen werden sozialwissenschaftliche Fächer bundesweit mehr fachfremd unterrichtet als in Ge-
119 samtschulen und Gymnasien. Dieses asymmetrische Verhältnis der Fachfremdquote nach Schulform
120 verschärft sich über die Jahre hinweg zunehmend.

121 Dass die politische Partizipation mit dem Bildungsgrad und dem verfügbaren Einkommen steigt, zeigt
122 das eigentliche Demokratieproblem unserer Gesellschaft. Denn die soziale Benachteiligung führt nicht
123 zu einem gesteigerten politischen Interesse und Engagement, sondern zum politischen Desinteresse.
124 Das hat zur Folge, dass Bürger*innen mit den nötigen finanziellen Ressourcen und einem hohen Bil-
125 dungsstand ihren politischen Interessen besser Ausdruck verleihen können und somit besser in unserem
126 politischen System repräsentiert sind. Das impliziert zudem, dass sie mit einer größeren Wahrchein-

127 lichkeit von politischen Reformen profitieren werden. Die ungleiche Verteilung des politischen Interes-
128 ses und Engagements verschärft also die ohnehin schon wachsende soziale Ungleichheit unserer Ge-
129 sellschaft.

130 Diese Entwicklung zeigt uns als Juso-Hochschulgruppen, dass geringe politische Bildung als sozialer
131 Katalysator wirkt. Solange Kinder und Jugendliche aus höheren Sozialschichten eine bessere politische
132 Bildung als Kinder aus unteren Sozialschichten erhalten, wird die systematische Benachteiligung von
133 Menschen aus sozioökonomisch schwächeren Haushalten im Bereich der politischen Bildung sowie die
134 soziale Ungleichheit im Allgemeinen kein Ende nehmen! Daher brauchen wir den Ausbau an politischer
135 Bildung insbesondere in Haupt- und Realschulen, um allen Schüler*innen einen Zugang zum politischen
136 Engagement zu ermöglichen! Langfristig bleibt unser Ziel die Abschaffung des dreigliedrigen Schulsyste-
137 ms und die Hinwendung zu einer Schule für alle. Denn nur so ist sichergestellt, dass nicht soziale
138 Herkunft, sondern allein Interessen und Fähigkeiten darüber entscheiden, in welchen Bereichen junge
139 Menschen sich einbringen und welchen weiteren Bildungsweg sie gehen.

140 **Politische Bildung statt Rechtsruck**

141 Wir als Juso-Hochschulgruppen verurteilen den Trend zur Ökonomisierung der Schulen sowie der Hoch-
142 schulen stark. Die Bereiche Wirtschaft, Politik und Soziologie können nur zusammen gedacht werden!
143 Die bereits erfolgte und weiter geplante Schwächung der Politikwissenschaften und der Soziologie ver-
144 wehrt einen vollumfänglichen, kritischen Blick auf die Gesellschaft.

145 Dieser ist jedoch gerade in der aktuellen Zeit nicht wegzudenken. Während sich rechtsterroristische
146 Anschläge in Deutschland häufen, Parteien mit antisemitischen Verschwörungsideologen in unserem
147 politischen System längst angekommen sind und die soziale Ungleichheit in Deutschland wächst, wird
148 die Vermittlung soziologischer und auch politikwissenschaftlicher Kompetenzen stark eingeschränkt.
149 Darüber hinaus zeigt die Shell-Studie 2019, dass das Internet für junge Menschen die wichtigste Infor-
150 mationsquelle darstelle. Dabei sind gerade die Soziale Medien alles andere als frei von Fake News, Hate
151 Speech oder Verschwörungsideologien. Eine vollumfängliche politische Bildung in Schulen und Hoch-
152 schulen könnte dieser Ausgangssituation wirkungsvoll entgegenwirken, indem es die Auseinanderset-
153 zung mit politischen und gesellschaftlichen Themen, die Bewertung verschiedener Informationsquellen
154 sowie den individuellen Meinungsbildungsprozess im schulischen und hochschulischen Rahmen er-
155 möglicht.

156 Unsere gesellschaftlichen Probleme sind komplex, daher ist die politische und demokratische Bildung
157 in der Theorie und Praxis mehr als notwendig. Lehrer*innen und Schüler*innen sollen sich weder heute
158 noch in der Zukunft ausschließlich mit Wirtschaftssystemen, dem Markt und dem Bankenwesen aus-
159 kennen. Eine ausführliche Analyse gesellschaftlicher Prozesse, die Vermittlung eines grundlegenden
160 Demokratieverständnisses und die Art und Weisen wie man sich als Bürger*in in der Gesellschaft ein-
161 bringen kann, darf nicht für ökonomische Interessen konservativer und neoliberaler Parteien hintenan-
162 stehen!

163 Für uns als Juso Hochschulgruppen ist klar: Die Politisierung junger Menschen darf nicht durch die zu-
164 nehmende Ökonomisierung unseres Bildungssystems gebremst werden! Schüler*innen und Studie-
165 rende brauchen mehr und keinesfalls weniger politische Bildung!

166 **Deshalb fordern wir:**

- 167 • Eine Bildungsreform, welche regelt, dass im nordrhein-westfälischen Fach „Wirtschaft/Politik“,
168 sowie in seinen Äquivalenten in allen anderen Bundesländern, zu gleichen Teilen ökonomische,
169 soziologische und politische Inhalte curriculare Verankerung finden. Der Lehrplan muss den

- 170 Schüler*innen Möglichkeiten bieten sich mit ökonomischen, soziologischen und politischen In-
171 halten kritisch und multiperspektivisch auseinanderzusetzen.
- 172 • Wir stehen solidarisch mit den progressiven Kräften und den Juso-Hochschulgruppen in den
173 Ländern, in denen Politisierung und Demokratisierung in Bildungseinrichtungen durch die Lan-
174 desregierungen angegriffen oder torpediert werden.
- 175 • Die zunehmende Ökonomisierung in Schulen und Hochschulen muss gestoppt werden!
- 176 • Demokratie muss gelebt, nicht nur gelehrt werden! Es braucht eine strukturelle Umgestaltung
177 und Demokratisierung aller Bildungseinrichtungen!
- 178 • Schüler*innen- und Studierendenvertretungen müssen in ihrer Mitbestimmung gestärkt und das
179 politische Mandat anerkannt werden!
- 180 • Es braucht eine enge Kooperation mit demokratischen, zivilgesellschaftlichen und allgemein-
181 politischen Initiativen an Schulen und Hochschulen, um das Engagement junger Menschen zu
182 fördern!
- 183 • Die politische Bildung und die Möglichkeiten zur politischen Partizipation müssen insbesondere
184 Kindern und Jugendlichen aus sozioökonomisch schwächeren Haushalten zugänglicher ge-
185 macht werden!
- 186 • Politische Bildung in allen Lebensbereichen muss bundesweit als überfachliches Oberziel des
187 (Hoch-)Schulsystems verstanden werden. Daher sind Lehrpläne aller Fächer und Kurse in allen
188 Schulformen, Schulklassen und Studiengängen daraufhin zu überprüfen, inwieweit sie diesem
189 Ziel ausreichend Rechnung tragen. Zudem sind bei entsprechendem Bedarf Anpassungen vor-
190 zunehmen